

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis — Anschlag Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Anzeigerpreise
bestimmen sich für Anzeigen aus Aue und
Umgebung zu 20 Halbpennige, aus
weiteren Anzeigen zu 30 Halbpennige,
Kontak-Anzeiger zu 40 Halbpennige,
sonstige Anzeiger zu 50 Halbpennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 248

Freitag, den 23. Oktober 1925

20. Jahrgang

Urteile über den Vertrag von Locarno.

Strzynsky über den Vertrag von Locarno.

Warschau, 21. Okt. Außenminister Graf Strzynski gab heute mittag im ausserordentlichen Ausschuss des polnischen Landtages seinen erwarteten Bericht über das Ergebnis der Konferenz von Locarno. Einleitend erklärte er die Bedeutung des Rheinpakt für Polen. Es ergibt sich jetzt die wichtige Frage, so führte der Minister aus, ob dieser Pakt nicht eine eisernen Barriere bildet, die in Zukunft Frankreich vom übrigen Europa trennt und ob Frankreich das Recht hat, uns zu Hilfe zu kommen. Der Pakt sagt ja, denn auf Grundlage des Artikels 16 der Völkerbundsatzung kann Frankreich für den Fall, daß Polen von Deutschland angegriffen wird, uns zu Hilfe kommen. Was das neue polnisch-französische Bündnis anbetrifft, so muß gesagt werden, daß es die früher abgeschlossenen Verträge nicht annulliert. Die Aufgabe des deutsch-polnischen Schiedsvertrages ist, alle Rechtsstreitigkeiten durch obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, alle materiellen Interessengegenstände durch ein nicht verpflichtendes Schiedsverfahren aus dem Weg zu räumen. Es ist klar, daß Rechte, die sich aus bestehenden Verträgen ergeben, wie z. B. der Besitz eines Landstriches, bei diesem Verfahren nicht zur Diskussion gestellt werden können, denn die internationalen Tribunale sind bei Änderungen der bestehenden Verträge nicht zuständig und auch das Schlichtungsverfahren kann nicht zur Verringerung eines grundlegenden Rechtes irgend eines Staates ohne beiderseitige Zustimmung führen. — Niemand fuhr nach Locarno, um irgend jemand zu besiegen. — Es wäre Zeit, die Menschheit erkennt, daß man das Wohl des einen Staates nicht auf das Unheil des anderen gründen kann. — Wir fanden in Locarno volles Verständnis für unseren Standpunkt bei Chamberlain. Wir erreichten außerdem die Verstärkung des Bündnisses mit Frankreich. — Die Friedensdiskussion war notwendig, um von vornherein den französischen Soldaten zu überzeugen, daß die verantwortlichen Männer stets alles tun, um einen Krieg zu vermeiden. — In Locarno wurde eine politische und eine moralische Festung errichtet, die zur Vermehrung der Sicherheit des polnischen Staates beiträgt.

Amerikanische Blätter zum Locarno-Pakt.

New York, 21. Okt. „World“ sagt über die Verträge von Locarno, sie seien die Urkunde der Fortschritte, die Europa in der Richtung einer verlässlicheren Verteilung der Kräfte gemacht habe. Dies sei das Ergebnis des

Zusammenbruchs des Ruhr-Abenteuers, des Sturzes Poincares, des Wahlsieges des französischen Liberalismus, der Marktstabilisierung in Deutschland, des Erfolges des Dawesplanes, der Zusammenarbeit deutscher und französischer Geschäftsleute im Rheinland sowie der Schwächung des französisch-polnischen Bündnisses und der zunehmenden deutsch-englischen Annäherung. Aber auch an den Texten des Locarno-Vertrages habe noch ein Ueberrest der Kriegesinnung. Noch immer sei Deutschland besetzt, noch immer sei es als waffenloses Land von mächtig gerüsteten Völkern eingeschlossen; noch immer sei es unter wirtschaftlicher Kontrolle der Alliierten; noch immer bleibe es in aller Form rechtens zum einzigen Urheber des Krieges erklärt; noch immer lebe es unter unmöglichen Bestimmungen über seine Grenzen im Osten. Ehe diese Unbilligkeiten nicht endgültig abgetan seien, sei auch der Krieg nicht endgültig abgetan. — „New York Herald and Tribune“ sagt, das Erfreuliche, das sich bei der Durchsicht der Verträge zeige, sei ihre hervorragende praktische Anwendbarkeit. In Amerika werde auch nicht die flüchtigste Neigung aufzutreten, die neue Solidarität Europas abzulehnen. Sie sei genau das, worauf die amerikanische öffentliche Meinung gehofft habe.

Holländische Blätter zu Locarno.

Haag, 21. Okt. Die gesamte Morgenpresse veröffentlicht an erster Stelle den Text der Locarno-Verträge. bisher jedoch im allgemeinen ohne Kommentar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bringt eine überaus günstige Besprechung. Der deutsche Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann hätten den richtigen Augenblick ausgenutzt, um das Unternehmen zu wagen. Gätten die beiden Staatsmänner versucht, die Dinge zu forcieren, und erst die Bezahlung verlangt, so wäre das Meer bernichtet worden und Deutschland wäre vor der ganzen Welt mit dem Odium hierfür belastet worden. Deutschland habe nun aber etwas erreicht, wonach es seit 1914 vergeblich strebte: die Sympathie der ganzen Welt. Aus diesem Grunde könne Frankreich selbst dann, wenn es dies wolle, sich seinen Verpflichtungen nicht entziehen, ohne die ganze Welt gegen sich zu haben. Selbst wenn unerwartete Enttäuschungen eintreten sollten, seien die politischen Vorteile stets auf Seiten Deutschlands. Deutsche Staatsmänner hätten nach dem Beispiele Bismarcks das Spiel gewagt, und wer nicht wage, gewinne bekanntlich nicht.

Um die Räumung der Kölner Zone.

Berlin, 22. Oktober. Wie mehrere Blätter zu melden wissen, dürfte die deutsche Regierung in Kürze die letzte Entwaffnungsnote der Völkervereinigung beantworten. Gleichzeitig oder kurz darauf werden Berichte der internationalen Militärkontrollkommission an die Völkervereinigung erlattet werden. Die Kabinette in London, Brüssel und Paris werden sich dann mit den an die Völkervereinigung abgestellten Dokumenten beschäftigen und es sei, wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, zu erwarten, daß die Völkervereinigung entsprechend der von Chamberlain in Locarno übernommenen moralischen Verpflichtung für eine entgegenkommende und befriedigende Lösung ausfallen werden. Der Völkervereinigung würde dann die Rolle zufallen, Deutschland von der getroffenen Entscheidung zu unterrichten. Die lange verhängerte Räumung der Kölner Zone würde dann zum technisch möglichen Räumung der Kölner Zone könnte dann zum technisch möglichen

Beratungen der Reichstagsfraktionen.

Berlin, 22. Okt. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist auf Dienstag, den 27. Oktober, zur Beratung des Vertrages von Locarno einberufen worden.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, kam die deutsch-nationale Reichstagsfraktion bei ihren Beratungen über das Ergebnis von Locarno gestern in den späten Abendstunden zu einem Beschluß, der heute dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages bekanntgegeben werden wird. Wie das Blatt bemerkt, entspricht der Beschluß der bekannten grundsätzlichen Stellungnahme der Partei.

Die Vorgesandten der Deutschnationalen haben, wie verlautet, den Reichskanzler davon unterrichtet, daß innerhalb der deutsch-nationalen Parteivorstandes ernste Bedenken bestehen, und zwar erblickt man diese in der Hauptsache in der Belastung des Locarno-Vertrages durch den französisch-polnischen und den französisch-italienischen Sondervertrag.

Dr. Luther

wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß die deutsche Delegation nach wie vor den Standpunkt vertrete, daß der Vertrag von Locarno nicht ohne praktische Rückwirkungen bleiben dürfe, daß er sich aber in der Voraussetzung der Durchführung dieser Rückwirkungen für die Unterzeichnung des Vertrages verbürgt habe und alle Mittel erschöpft werden müßten, um unter diesem Gesichtspunkt seine Pläne durchzuführen.

Bevorstehende Verhandlungen in der Entwaffnungsfrage.

Berlin, 21. Okt. Wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, steht in der Entwaffnungsfrage ein neuer Notenwechsel bevor, nachdem grundsätzlich in Locarno verabredet worden sei, die Angelegenheit bald und endgültig zu erledigen. Allerdings haben in dieser Frage nach Locarno noch keine Verhandlungen begonnen, vielmehr bedeutet der in den nächsten Tagen bevorstehende Notenwechsel zwischen Deutschland und den einzelnen Alliierten den Beginn eines Versuches, die Frage zu regeln.

Graf Klebelsberg über ungarische Kulturpolitik.

Berlin, 21. Okt. Auf Einladung des Präsidenten der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, des früheren preussischen Kultusministers Dr. Schmidt-Ott hielt der ungarische Unterrichtsminister Graf Kuno Klebelsberg heute abend in der alten Aula der Universität vor einem zahlreichen Publikum einen Vortrag über ungarische Kulturpolitik seit dem Kriegsende. Nach einigen Worten des Dankes, die der Minister im Namen Ungarns der großen deutschen Nation widmete, gab er eine eingehende Darstellung der neuen Kulturpolitik in Ungarn. Er legte einleitend dar, wie sehr diese Kulturpolitik durch die Hauptmomente einer tausendjährigen Geschichte bedingt sei, und wie sehr sich dieselbe an alte traditionelle ungarische Institutionen anlehne, und führte dann weiter aus: Das neue kulturpolitische Programm Ungarns kann mit den Worten „Dezentralisation“ und „Selbstverwaltung“ bezeichnet werden. Die ungarische Geschichte weist dieselbe Tendenz zur kulturellen Dezentralisation auf, wie wir sie im alten Griechenland und in der deutschen Vergangenheit finden. Erst die neue Entwicklung versuchte eine einheitliche Zentralisierung in der rasch aufblühenden Hauptstadt nach römisch-französischem Muster einzuführen. Diese Neuerung unterbrach die folgerichtige Entwicklung der ungarischen Kultur. Die neueste ungarische Kulturpolitik unternahm es, mit dem System der Zentralisierung endgültig zu brechen und die ursprüngliche Linie der kulturellen Dezentralisation wieder aufzunehmen.

Diesem Ziele sollte die Errichtung der Preshburger und Debrecziner Universitäten dienen, und aus diesem Gesichtspunkt ist auch die Verlegung der Preshburger Universität nach Fünfkirchen und die der Klausenburger Universität nach Szegedin zu bewerten. Drei Provinzstädte sind auf diese Weise zu Universitätsstädten und zu neuen Bildungszentren für ganze Landesteile geworden.

Der Grundsatz der „Selbstverwaltung“ wurzelt auch in der ungarischen Ueberlieferung. Da die ungarische Nation im Laufe der letzten vier Jahrhunderte sich gegen die Tendenzen des österreichischen Zentralismus zu erwehren hatte, so trachtete sie den Wirkungskreis der autonomen Körperschaften möglichst zu erweitern und auch dem Gebiete der höheren Kultur Autonomien zu schaffen. Solche selbständige Selbstverwaltungskörper waren in kultureller Beziehung die ungarische Akademie der Wissenschaften, die Universitäten und die Kirchen. Die neue ungarische Kulturpolitik brachte das Prinzip der Selbstverwaltung auch auf anderen Gebieten zur Durchführung und schuf vor allem in der Form einer „Universitäts der öffentlichen Sammlungen“ eine Körperschaft, die die Landesmuseen, Archive und Bibliotheken in einem gemeinsamen Rahmen zusammenfaßt. Dabei wollte man einerseits die Möglichkeit des Eindringens der Parteipolitik in die Regionen der höheren Kultur von vornherein ausschließen, andererseits aber den wissenschaftlichen Geist in diesen Instituten neubeleben und stärken.

In weiterer Verfolgung dieser beiden Grundprinzipien ist Ungarn eben im Begriff, die Unterrichtsverwaltung in vier Kulturprovinzen aufzuteilen mit dem Sitz in den vier Universitätsstädten und mit Einbeziehung der betreffenden Universitäten. Diese ganze kulturpolitische Neubegründung ist von dem Gedanken einer Anlehnung an die westeuropäische Kultur durchdrungen. Sie will einerseits die nationale Eigenart wahren, andererseits aber jede geistige Isolation vermeiden. Dabei knüpft sie an die kulturpolitische Orientierung des ersten ungarischen Königs Stefan des Heiligen und seiner bedeutendsten Nachfolger an. Der Einfluß der deutschen Kultur stand in dieser westlichen Orientierung im Vordergrund. Auch die neue Kulturpolitik Ungarns will diese deutsche Verbindung weiter ausbauen und ihr soll auch das neue ungarische Forscherheim in Dahlen gewidmet sein. Das Dahlenmer Collegium Hungarum soll einerseits die ungarischen Oberlehrer für die deutsche Sprache sichern, andererseits als Heimstätte für jüngere ungarische Forscher dienen. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist für das mittlere und höhere ungarische Schulwesen von größter Wichtigkeit, weil die kürzlich vorgenommene Reform desselben nach deutschem Muster durchgeführt wurde, und weil in allen Schultypen der deutschen Sprache und Literatur als obligatorischen Unterrichtsgegenstand eine bedeutende Rolle zufällt.

Nachdem der Minister noch über die bevorstehende Reform des ungarischen Volksschulwesens gesprochen hatte, schloß er mit einem Hinweis auf die Aufgaben der Zukunft. „Wir, die wir militärisch entwaffnet sind, haben unsere ganzen Kräfte auf ein Ziel eingestellt: das geistige Kräfte des früheren Ungarn soll für Rumänien unermindert erhalten bleiben, das spe-

Vorbereitung zur formellen Unterzeichnung des Vertrages von Locarno?

London, 21. Oktober. „Evening Standard“ zufolge werden bei der formellen Unterzeichnung des Paktes von Locarno in London alle Alliierten und die deutschen Vertreter und Sachverständigen, die an der Konferenz von Locarno teilgenommen haben, anwesend sein.

Die Ministerpräsidenten der Länder für den Vertrag von Locarno.

Berlin, 21. Okt. Die Völkervereinigung der deutschen Delegationsmitglieder wurde heute vor den Ministerpräsidenten der deutschen Länder, die am Vortag in der Reichskanzlei zu einer Sitzung zusammenkamen, fortgesetzt. Ministerialdirektor Dr. Gaus interpretierte die Verträge ausführlich. Der Außenminister sprach über die Zusicherungen der französischen und englischen Delegierten und die zu erwartenden ausgedehnten Rückwirkungen. Die Ministerpräsidenten stimmten der allgemeinen Auffassung zu, daß die Verträge nur unterzeichnet werden könnten, wenn die gegebenen Zusagen erfüllt werden.